

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Nr. 212.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark ab Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 25. März
(Erscheint täglich dreimal.)

Preis pro 20 Bl. die jahreszeitliche Heftseite oder ganze Raupe, Reklame bis Beilage 50 Pf. füllt zu die Ausposition zu fordern und werden für die am folgenden Tage vorgetragene erscheinende Ausgabe bis 6 Uhr nachmittags angenommen.

1878

Amtliches.

Berlin, 23. März. Der König hat dem Vice-Präsidenten des Staats-Ministeriums, Staats- und Finanz-Minister Camphausen unter Belassung des Titels und Ranges eines Staats-Ministers die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt.

Vom Landtage.

72. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 23. März. 11 Uhr. Am Ministerische Leonhardt, Kalk und mehrere Kommissarien, später Fürst Bismarck, Dr. Friedenthal und Achenbach. In der Hofloge die Großherzoge von Baden und Mecklenburg-Schwerin, Prinz Wilhelm von Württemberg und der Landgraf von Hessen. Die Tribünen sind überfüllt.

Präsident v. Bemmelen teilt dem Hause mit, daß Se. M. der Kaiser und Könige die von den Präsidien beider Häuser gestern überbrachten Glückwünsche des Landtags fuldvollst und mit herzlichstem Dank entgegengenommen haben.

Zunächst liegt heute das vom Herrenhause von Neuem in veränderter Fassung zurückgelangte Ausführungsgesetz zum deutschen Reichsverfassungsgesetz vor. Die Verhandlungen hierüber, deren Ergebnis bereits telegraphisch gemeldet worden ist, geben wir in der folgenden Nummer, um zunächst für den Bericht über die Verabredung des zweiten Gegenstandes Raum zu behalten. Nachdem das Ausführungsgesetz angenommen worden ist, beginnt unter allgemeiner Spannung

Die erste Verabredung des Nachtrags zum Staatshaushalt für 1878-79. Zum Wort melden sich gegen die Vorlage Miguel, Lasker, Haniel, Windhorst (Meppen), Richter (Hagen) und Birchow; für die Vorlage Schellwitz, Graf Bethuß-Huc, von Rauchhaupt, v. Wedell (Malchow), v. Minnigerode.

Abg. Miquel: Die gegenwärtige Vorlage ist für das Haus eine Überraschung. Wir haben nur mit Mühe die Verlängerung der Session zum Abschluß der Justizgesetze erlangt, selbst auf das Recht eines kurzen gleichzeitigen Tages mit dem deutschen Reichstage hin. Nun kommt plötzlich diese Vorlage, welche diese Zeit entschieden verlängern wird, wenn sie gründlich behandelt werden soll. Dadurch würden alle Dispositionen der Mitglieder umgestoßen. Die Vorlage wird also in diesem Augenblick selbst von Freunden ihres materiellen Inhalts nicht mit Freuden begrüßt. Derartige persönliche Stimmungen und Verstimmungen werden aber der durchaus objektiven Beurteilung dieser wichtigen Vorlage keinen Abbruch thun. Diese Sicherung gebe ich für mich und meine politischen Freunde ab. Die Einbringung der Vorlage zu so ungelegner Zeit wäre nur gerechtfertigt, wenn sie unbedingt unaufziehbare Gegenstände beträfe. Ein Theil dieser Vorlage leidet allerdings keinen Aufschub. Für das be- antragte Gehalt für einen Vice-Präsidenten des Staatsministeriums werden wir aus folgenden Erwägungen stimmen. Wir wollen durch diese Bewilligung den Reichstanzler von der Geschäftsführung, über welche er sich so häufig beklagt hat, entlasten. Hauptsächlich wird derselbe dadurch dauernder und freudiger seinen sonstigen großen Aufgaben gerecht werden können. Durch die Etablierung dieser Stelle wollen wir auch dem Reichstanzler keinerlei Schranken auferlegen, die etwa aus dem Umstände erwachsen könnten, daß bis jetzt tatsächlich der preußische Finanzminister diese Stelle bekleidet hat. Diese Frage muß gerade jetzt bei der Neubildung des Ministeriums zur Entscheidung kommen; sie bedarf keiner eingehenden Prüfung und kommissarischen Verabredung. Anders steht es mit dem übrigen Inhalt der Vorlage. Hier ist nicht dieselbe Dringlichkeit vorhanden, im Staats-Interesse die nothwendige gründliche Prüfung nicht eintreten zu lassen, die auch in der Geschäftslage des Augenblicks nicht möglich ist. Die Einführung eines eigenen Eisenbahnamtes und die Abtrennung des Eisenbahn-Ressorts vom Handelsministerium kann sachlich durchaus verschieden beurteilt werden; und dies ist sicher auch im Hause der Fall. Selbst die Freunde des materiellen Inhalts der Vorlage müssen Bedenken tragen, die Vorlage in dieser Form und unter diesen Umständen anzunehmen. Ist die Regelung der Kompetenz des neuen Ministers in Hinsicht auf die Verwaltung der Staatsbahnen und auf die Ausübung des Hoheitsrechts des Staates in Beziehung auf die Privatbahnen in der Form eines bloßen Etatsnachtrages möglich? Ich muß das verneinen. In vielen unserer Gesetze ist der Handelsminister mit wichtigen Befugnissen ausgestattet und selbst da, wo es sich um reine Eisenbahnsachen handelt, ist es zweifelhaft, ob man dem Handelsminister diese Befugnisse übertragen haben würde, wenn er nur ein einseitiger Eisenbahnamt gewesen wäre. (Sehr richtig!) Mit der Annahme der Vorlage in dieser Form wird eine Anarchie in Beziehung auf die Kompetenz in einer der wichtigsten Fragen eintreten. (Sehr richtig!) Wenn die Kompetenz eines Ministers durch Gesetz geordnet ist, dann kann dieselbe nur durch Gesetz, nicht durch Dekret abgeändert werden. Ob Sie die Vorlage votieren und die Mittel zu einem neuen selbstständigen Eisenbahnamt gewähren, müssen Sie sich fragen: wie sind bisher die Kompetenzen geordnet gewesen? und müssen in einem neuen Gesetz diese Kompetenzen regeln. Ist dies aber eine Aufgabe, die jetzt gelöst werden kann, ist dies überhaupt eine Aufgabe, die ohne Vorprüfung seitens des Staatsministeriums gelöst werden kann, allein durch das Abgeordnetenhaus? Diese Frage muß verneint werden. Ich komme nun auf die Sache selbst und kann in dieser Beziehung nicht garantiren, daß ich nur die Meinung der vollen Mehrheit meiner politischen Freunde ausdrücke, obwohl ich glaube, daß ich im Großen und Ganzen mit denselben übereinstimme. Ich bin nicht gründlich gegen die Übertragung des Eisenbahnwesens an ein besonderes Ministerium, aber es würde eines gründlichen Studiums bedürfen, wenn das Haus sich über die dabei nothwendigen Modalitäten entscheiden sollte. Wie die Vorlage liegt, kann ich sie auch sachlich nicht abschätzen. Die erste Frage ist die, ob es ratsam ist, die Aufsicht über das Privateisenbahnwesen und die Verwaltung des Staats-eisenbahnwesens in eine Hand zu legen. Wir haben uns seit längerer Zeit bemüht, diese beiden Ressorts, in denen das fiskalische Interesse des Staates mit seiner Aufgabe als Staat, mit seinem Hoheitsrecht in Widerspruch steht, thunlichst auseinanderzuhalten. Auch die Staatsregierung hat diesen Standpunkt eingenommen; im gegenwärtigen Handelsministerium ist die Beaufsichtigung der Privatbahnen und die Verwaltung der Staatsbahnen Sache zweier selbstständiger Abteilungen. Dieser kleine Schritt zur Besserung würde hinfällig werden, wenn wir die Vorlage, so wie sie liegt, annehmen, und die Lage der Dinge würde sie in dieser Beziehung noch verschlimmern. Ein Handelsminister, der im Allgemeinen Handel und Gewerbe, der eine Reihe von Interessen zu vertreten hat, die mit den einseitigen Eisenbahn- und fiskalischen

Interessen sogar im Widerspruch stehen, giebt mehr Garantie einer objektiven Behandlung dieser Angelegenheit, als ein Eisenbahnamt, der beide Aufgaben zu verfolgen hat. Man könnte nun sehr wohl erwägen, ob nicht die Ausübung des Hoheitsrechts und das Eisenbahnwesen überhaupt in der Hand des Handelsministers bleiben könnte, während Bau und Verwaltung des Staats-eisenbahnwesens einem besonderen Minister übertragen wird. Zugleich kommen wir auf die weitere Frage: ist es denn nicht gerathen, überhaupt noch das übrige Bauressort aus den anderen Ministerien auf diesen Minister zu übertragen? Könnte man nicht auch die Kanäle diesem Minister mitübersetzen? Der Handelsminister ist betreffs des Begebaus durch die Provinzialgesetzgebung entlastet worden; er hat hierin nur noch eine ganz untergeordnete Aufsichtsbefugnis, welche ebenfalls demselben Minister übertragen werden könnte. Eine andere wichtige Frage wird durch diese Vorlage sofort in den Vordergrund gedrängt, ob es sich überhaupt noch lohnt, nachdem man das gesamte Eisenbahnwesen einem besonderen Ministerium übertragen hat, das Handelsministerium überhaupt noch beizubehalten. Die Post und Telegraphie hat der Handelsminister verloren, das Eisenbahnwesen soll er verlieren, bezüglich des Begebaus und des Bauwesens ist er aufs Äußerste entlastet; was bleibt nun noch? Der Handel? Die Einwirkung des Handelsministers auf den Handel ist direkt nicht sehr erheblich. (Heiterkeit) Für die Verwaltung der Bergwerke und Salinen allein kann man doch kein Handelsministerium mehr beibehalten. (Sehr richtig!) Man glaßt mit Recht, daß der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten nicht genügend beschäftigt sei; könnte man dann nicht Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Industrie zusammenbringen? Das würde den agrarischen Anschaungen entgegenwirken, und auf der anderen Seite habe ich jetzt Vertrauen, daß man begriffen hat, daß Handel, Gewerbe und Industrie mit den Interessen der Landwirtschaft sich in Harmonie befinden. (Beifall.) Diese wichtigen Vorberatungen machen es selbst bei der freundlichsten Stellung gegenüber den Tendenzen, die diese Vorlage diktirt haben, unmöglich, dieselbe gegenwärtig, so wie sie liegt anzunehmen. Ich glaube, daß der Ministerpräsident durch Einführung eines selbstständigen Eisenbahn-Ministeriums, seiner Vollmacht, die Machtkonstellation des Staates auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens zu vergrößern, Vorschub leisten will, daß er glaubt, diesen Minister während der Übergangsperiode nötig zu haben. Da ich für die Übertragung des Eisenbahnwesens auf das deutsche Reich gestimmt habe, so kann von mir nicht angenommen werden, daß ich der Vollmacht des Reichstanzlers in dieser Beziehung irgendwie entgegentrete. Wenn man sich mit uns über die Modalitäten und Garantien verständigt, so sind wir vollständig bereit, dieser Frage in der objektivsten Weise näher zu treten. Aber die Vorlage kann nicht so unbefangen angenommen werden. Sie ruft die Frage wach, ob das Reichseisenbahnprojekt, ob die Konzentration der deutschen Eisenbahnen in der Hand des Reichs aufgegeben ist; diese eminent wichtigen Fragen dürfen nicht über das Knie gebrochen werden. Die Volksvertretung muß mit voller Gründlichkeit prüfen und entscheiden, und der Reichstanzler kann nur Gewicht legen auf die Unterstützung selbstbewusster, einer eigenen Überzeugung fähiger Männer. (Sehr wahr!) Ich behandle die Vorlage grundsätzlich nicht feindlich. Wenn uns in der nächsten Session eine Vorlage gemacht wird, so zweifle ich nicht daran, daß wir uns mit dem Reichstanzler über die Modalitäten einigen werden. Die Übertragung der Domänen und Forsten auf das landwirtschaftliche Ministerium hat in diesem Hause viele Freunde; das ist keine politische Frage. Allerdings ist ein solcher Antrag früher von den liberalen Parteien abgelehnt worden, aber nur weil er denselben damals nicht opportun schien, weil er ein Misstrauensvotum gegen den damaligen Finanzminister bedeutet hätte. Ich bin für die Übertragung, weil in dem Ressort des Finanzministers die Forstverwaltung überwiegend in fiskalischer Interesse geführt wird, der Staat hat aber mit seiner Forstverwaltung große wirtschaftliche und Kulturaufgaben zu erfüllen und diese stehen häufig in Widerspruch mit den fiskalischen Interessen. Der Ackerbauminister ist viel besser als der Finanzminister im Stande, die Kulturaufgaben des Staatsforstbesitzes zu erfüllen. Daß er einseitig diese Aufgaben ins Auge fassen werde, dagegen schlägt uns die Tradition des preußischen Beamtenthums und die Einführung des Landtages. Die Übertragung entspricht auch den Wünschen der deutschen Forstbeamten und der deutschen Landwirtschaft. Für die Übertragung der Domänen sprechen dieselben Gründe, welche ich in Beziehung auf die Forsten angeführt habe. Die Übertragung der Forsten reißt auch die der Domänen unbedingt nach sich. Ein fortlaufender Austausch zwischen Forst- und Domänenbesitz findet fortwährend statt und ist unbedingt nothwendig. Sind Sie nicht der Ansicht, daß Forsten und Domänen zusammenbleiben müssen, dann nehmen Sie wenigstens dem landwirtschaftlichen Ministerium die Ausübung der staatlichen Hoheitsrechte über das Forstwesen und geben Sie dieselben dem Finanzministerium. Ich stehe also der in Rede stehenden Frage persönlich sehr freundlich gegenüber, aber in der gegenwärtigen Sachlage kann sie nicht erledigt werden. Diese Frage kann nicht geregelt werden, ohne daß der preußische Finanzminister dabei bat gehörig werden können. Der frühere Finanzminister war gegen die vorgeschlagene Maßregel, meiner Meinung nach mit Unrecht. Gegenwärtig aber ist ein Finanzminister nicht vorhanden, der bei dieser wichtigen Frage seines Ressorts mitentscheiden könnte. Wir können nicht hinter dem Rücken des früheren und des künftigen Finanzministers in Eile diese Frage entscheiden. Der neue Finanzminister kennt ja die Stellung des Staatsministeriums zu dieser Frage und wird sich im Einklang mit denselben befinden müssen. Derselbe wird dann die Vorlage im Herbst vertreten können. Eile scheint mir also nicht nothwendig zu sein. Wenn aber Eile notwendig wäre, wenn man dieses finanzministerielle Interregnum benutzen müßte, um diese Vorlage einzubringen: dann, m. H., würde ich wegen der sachlichen Begründung derselben bedenklich werden. Wenn man angeblich der Einheitlichkeit der Regierung und des Landtages die Gründe des nächsten Finanzministers fürchtet, dann muß ich an meinem eigenen Urtheil zweifeln und mich fragen, ob ich nicht gut thue, die Gründe des jüngsten Inhabers des Finanzressorts abzuwarten. Dieselben Schwierigkeiten, die ich bezüglich der Regelung der Kompetenz-Verhältnisse des Eisenbahn-Ministeriums gekennzeichnet habe, treten mehr oder weniger auch hier zu Tage, denn es gibt eine ganze Reihe von Bestimmungen, von denen man nicht weiß, ob sie dem Finanzminister mit Rücksicht auf den Besitz des Ressorts der Domänen und Forsten übertragen sind, oder nicht, und bezüglich deren es zweifelhaft wird, wohin man nun nach der veränderten Kompetenz die gesetzlichen Befugnisse legen soll. Ueberdies will ein großer Theil meiner politischen Freunde bei einer solchen Übertragung Zeit und Mühe gewinnen, verschiedene Grundsätze in Bezug auf die Domänen-Verwaltung, die sich jetzt in der Inspektion der Oberrechnungskammer finden, einer genauen Prüfung zu unterziehen. Ich glaube also, daß selbst derjenige, der einer Verschmelzung des Ressorts der Forst- und Domänen-Verwaltung mit dem landwirtschaftlichen Ministerium durchaus freundlich gegenüber steht, doch

genötigt sein kann, der Ausführung dieser Maßregel im gegenwärtigen Augenblick seine Zustimmung zu versagen. Sie werden mir zugeben, daß dadurch in der Sache nichts verloren ist. Dem künftigen Finanzminister gegenüber ist es eine gewisse Rücksicht, wenn wir auf ihn warten, dem landwirtschaftlichen Minister gegenüber keine Rücksichtlosigkeit, wenn wir sein Ressort nicht jetzt, sondern erst im Herbst erweitern. Ich glaube also in voller Übereinstimmung mit meinen politischen Freunden zu handeln, wenn ich Ihnen vorschlage, die Vorlage in demjenigen Theile, wo Eile nötig ist, wo es sich darum handelt, dem Reichstanzler in der Erleichterung seiner großen Aufgaben entgegenzutreten, sofort anzunehmen, im übrigen aber den Entwurf zur Zeit abzulehnen und uns jede definitive Entscheidung für eine spätere Vorlage vorzubehalten. (Beifall)

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat unsere Vorlage mit bedeuterter Worte vertreten, als ich es im Stande sein würde, auch wenn ich vollständig gesund und nicht in der Lage wäre, wegen Unwohlsein die Nachsicht des Hauses in Anspruch nehmen zu müssen. Es hat mir einen eigenthümlichen Eindruck gemacht, die einzelnen Positionen vom Vorredner mit der ihm eigenen klaren Verständlichkeit vertheidigen zu hören und zu sehen, daß er doch zu dem Konklusum kam, er müsse gegen dieselbe stimmen mit Ausnahme eines von den drei Punkten, die sie in der Hauptfrage betrifft. Das Hauptmotiv für ihn ist, daß die Vorlage intempestiv, nicht dringlich und nicht hinreichend vorbereitet sei. In letzterer Beziehung muß ich aber sagen, gehen die Ansprüche, die er an eine gründliche Vorbereitung stellt, soweit, daß ich glaube, wenn wir sie alle erfüllen sollten, ehe wir solche Reform in der Ministerialverfassung einbringen, kaum die Jüngsten von uns das erleben würden, ich wenigstens habe keine Ansicht darauf. Was die Ungelegenheit der Zeit betrifft, so muß ich in der Beziehung, auch mit Rücksicht auf die Neuordnung des Abg. Richter in der letzten Sitzung, in welcher er die Schuld für diese Ungelegenheit der Regierung zuschieben suchte, doch historisch erwähnen, wie diese Intermission, in der wir uns gegenwärtig befinden, zu Stande gekommen ist. Als ich nach Berlin kam, war die Sachlage die, daß der Landtag seine Sitzungen verlegt hatte, aus der im ganzen Reiche in der Regel geübten Rücksicht, daß dem Reichstag das Feld freigelassen blieb; ich nahm an, und mit mir meine sämtlichen Kollegen im preußischen Ministerium, daß diese Haltung des Landtages so lange dauern werde bis das Hindernis seiner Sitzungen, nämlich die Reichstagssitzungen, aufhören. Ich war der Ansicht, daß der Landtag überhaupt vor Schluss des Reichstages seine Thätigkeit wieder aufnehme. Ich habe auch, seit ich hier bin, nichts gehört und erlebt, was mich in dieser Ansicht hätte irre machen können. Ich bin bei dieser Annahme geblieben, bis ich die Tagesordnung des preußischen Landtages, die ich zuerst für eine des Reichstages hielt, bekam (Heiterkeit) und darauf zu gleicher Zeit eine Tagesordnung des Reichstages, auf der ich zuerst das Datum nicht gelesen batte, die sich aber, wie ich später sah, nicht auf den nächsten Tag, sondern auf einen Tag der nächstfolgenden Woche bezog. Der Landtag war ja vollkommen in seinem Rechte, wenn er zu Sitzungen zusammentrat; aber das Ministerium war davon nicht unterrichtet (Unruhe), ich habe bei meinen Kollegen danach gefragt, ob einer von ihnen ähnlich davon unterrichtet wäre; sie haben es verneint, und ich erwarte, daß der Alt, durch welchen die Regierung vor dem Erlass der betreffenden Tagesordnung unterrichtet wurde, vorgelegt wird. Es kann ja an meiner Nachlässigkeit gelesen haben, aber ich glaube nicht, daß er existiert. Ich habe angenommen, daß der Landtag erst nach Schluß des Reichstages seine Thätigkeit wieder aufnehmen würde und, daß wir Zeit haben würden die Vorlage, welche wir Ihnen noch zu machen hatten, vorzubereiten. Wenn nun jetzt, nachdem die Sitzungen früher, als erwartet wurde, aufgenommen sind, die Vorlage hergestellt worden ist, so haben wir doch diligentia praestata, soweit wir konnten. Man könnte sagen, wir hätten in der ersten Sitzung vor 8 Tagen die Vorlage einbringen können; ja, da war die Vorlage nicht fertig; in einem Ministerium, dem der Minister des Innern fehlt, dem die Thätigkeit des Finanzministers seit fast zwei Wochen entzogen ist, arbeiten sich die Vorlagen nicht so rasch aus; sie wollen entworfen sein, es hat eine erhebliche kalkulatorische Arbeit in den Budgetfragen, es haben Berathungen im Staatsministerium stattgefunden, es mußte die Ermächtigung Sr. Majestät erbeten werden, daß alles sind Sachen, die wir nicht in 24 Stunden, nicht einmal in drei Tagen, herstellen können auch bei dem größten Fleiß in Arbeiten. Hätte ich geglaubt, daß diese Vorlage auf Schwierigkeiten stoße, daß irgend eine längere Arbeit erforderlich sein würde, so wäre es ja indizirt gewesen, daß der Landtag jetzt geschlossen und nach dem Schluß des Reichstages wieder einberufen würde, um diese Angelegenheit zu erledigen. Es kommt das ganz darauf an, wie viel Sitzungen wir brauchen. Können wir die Sache in ein oder zwei Sitzungen erledigen, so wird ja der Reichstag solange sich wohl gedulden müssen, obgleich mir von den außerpreußischen Abgeordneten in meiner Eigenschaft als Reichstanzler wiederholt der Vorwurf gemacht wird, daß der größte Staat Deutschlands, in dem die Berufung und Schließung des Landtages vom deutschen Kaiser abhängig ist, ein Beispiel giebt, welches, wenn Andere es nachahmen, von uns getadelt zu werden pflegt. Wenn aber die Sache soviel Vorbereitung erfordert, wie der Vorredner meint, dann werden wir, so ungern wir daran gehen, einer neuen Sitzung nach Schluß des jüngsten Reichstages uns nicht entziehen können (Bewegung). Der Vorredner hat eingewendet, daß diese Dinge nicht dringlich seien. In Bezug auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten, den er selbst bewilligen will, fällt diese Frage fort. Ich halte sonst auch diesen Punkt für dringlich, wenn das beschlossene Reichstallvertretungsgesetz überhaupt zu einer Wahrheit werden soll, wenn die Reform im Finanzwesen durch näheres Aneinanderliegen der preußischen und der Reichsverwaltung sich verwirklichen soll, weil ich daran zweifle, daß bei diesem Umfang der finanzministeriellen Geschäfte, auch selbst nach Abtrennung der Domänen und Forsten, der Finanzminister die nötige Muße und Arbeitskraft haben werde, um das Ministerpräsidium und mit demselben die Geschäfte des Reichstanzlers zu vertreten. In früheren Zeiten mögen die Geschäfte im Finanzministerium weniger umfanglich gewesen sein, oder weniger Arbeit erforderlich haben, denn die Zeit, die ich vor 1866 mit meinem finanzministeriellen Kollegen verlebt habe, hat auf mich nicht den Eindruck gemacht, als ob er damals mit Arbeit überlastet gewesen wäre. (Heiterkeit) Die finanzministerielle Maschine, wenn ich so ohne kränkende Nebenbedeutung sprechen darf, ist so vorzüglich organisiert, und arbeitet bei der wohlgeliebten Beschaffenheit ihrer Organe so sicher, daß der Finanzminister, der einen weiteren Ehrgeiz nicht hat, mit der Unterbrechung der Konzepte und Manda sich Jahre lang über Wasser halten kann (Heiterkeit), ohne daß ein Mangel an Thätigkeit, ja selbst ein Mangel an Beruf sehr augenfällig in der Öffentlichkeit bekannt geworden wäre. Aber ich halte es kaum für möglich, daß der Finanzminister, der eigentlich der natürliche stellvertretende Vorstehende in Preußen ist, nebenbei noch die Präsidialgeschäfte übernehmen könnte. Insofern

halte ich auch die Bewilligung eines Stellvertreters für dringlich. Für besonders dringlich halte ich namentlich die Eisenbahnen der Vorlage und in gewissem Maße auch, gerade aus dem Grunde, weil jetzt der Posten des Finanzministers unbesetzt ist, die Frage der Verlegung der Forsten. Ich will mich zunächst mit der Eisenbahnfrage beschäftigen. Die Vorlage, die uns heute beschäftigt, ist von mir zuerst vor 15 oder 16 Jahren im Jahre 1862 gemacht worden, und ich habe damals zuerst die Schwierigkeiten kennen gelernt, die es hat, von einem Ressort etwas abzutrennen; mit einer Zuliegung von Geschäftsbüro sind sie alle, auch wenn sie überbürdet sind, aus einem gewissen natürlichen und berechtigten Ehrgeiz zu herrschen, bereit. Ich habe damals erlebt, daß sofort die Kabinettfrage gestellt wurde und zwar zu einer Zeit, wo es recht schwer war einen Minister zu finden, der die Verantwortung für unsere Finanzen übernehmen wollte. Es wurde auch an das Element der Gemüthslichkeit appelliert, als wenn es sich um eine Korpsverbindung handelte; es wurde zur Ehrensache gemacht, sich nicht zu trennen, ein einziges Ministerium von Brüdern zu bleiben (Stürmische Heiterkeit), und es wurde jede Befürwortung einer solchen Trennung gewissermaßen als Verrat an der Korpsfarbe bezeichnet. In der Haupsache aber war es immer der Finanzminister, der etwas abgeben sollte, und wenn er auch selbst mit einem geringeren Geschäftsumfang aufgeworfen wäre, so waren es seine höheren Untergenossen, die es als Ehrensache betrachteten, sich dies nicht verlieren zu lassen. Ich bin darauf in bewegten Zeiten vielleicht den inneren Angelegenheiten mehr entfremdet worden, aber ich bin vor 4 bis 5 Jahren sofort wieder in Zeiten der Ruhe auf diese Angelegenheit zurückgekommen; ich habe verjagt, in irgendeiner Gestalt den Mängeln, an denen, wie ich glaube, unser Eisenbahnen leidet. Abhilfe zu schaffen, gerade dadurch, daß das Eisenbahnen einer isolierten Verantwortung unterworfen werden sollte. Denn derjenige, der die Verwaltung zu führen hatte, konnte doch unmöglich alle Details erlernt haben und alles verstehen, um direkt zu verwalten; er stützte sich gedeckt durch die Verantwortlichkeit eines anderen und mußte in der Regel sagen: ich habe mir die Sache von technischer Seite vorgefragt lassen. Er sollte selbst vor Ihnen, vor seinen Kollegen und vor dem Könige persönlich mit Wort und Schrift das verantworten, was in seiner Eisenbahnabteilung geschieht. Die Überzeugung von dieser Notwendigkeit hat mich förmlich auf den Gedanken gebracht, Ihnen die Reichseisenbahnvorlage zu machen. Ich habe diesen Weg gewählt, einmal, weil ich dachte, daß es die Gerechtigkeit gegen das Reich erforderete, eine stärkere Konzentration der Eisenbahnverwaltung, wenn sie überhaupt erstrekt wurde, zunächst dem Reiche anzubieten und erst wenn das Reich es ablehnt, sich damit zu befassen, doch erst dann dem preußischen Staate die Aufgabe zufallen würde, eine feste Führung der nationalen Eisenbahnpolitik auf eigene Rechnung zu übernehmen bis zu dem Zeitpunkte, wo vielleicht das Reich sich bereit finden ließe, ohne die gänzlich unberechtigte Befragung für die Eigenmacht der einzelnen Bundesstaaten, auf den Reichseisenbahnen einzugehen. Ich habe diesen Weg auch deshalb gewählt, weil ich die Überzeugung hatte, daß wenn diese Aufgabe eine nationale wäre, sie mit weniger Bedenken zu kämpfen hätte und mit frischeren Kräften in Angriff genommen werden könnte. Könnte ich Ihnen hier irgend einen nationalen Gesichtspunkt geltend machen, so würde Ihre Zustimmung nicht so sehr von dem Gedanken abhängen, angeträumt sein. Es hat sich das bestätigt, was einmal Demand trivial ausdrückte: Das Reichspferd zieht besser, als das Staatspferd (Heiterkeit). Der Gedanke, dessen Verwirklichung ich anstrebe, hat nach langen Kämpfen die Zustimmung aller Minister erhalten, der bisherige Finanzminister war nicht von Hause aus von seiner Richtigkeit überzeugt. Nachdem wir im Prinzip diese Zustimmung erhalten, ist es gelungen, den preußischen Landtag zu einer Aufgabe der Entfaltung zu Gunsten des Reichs zu gewinnen. Es schien also vor drei Jahren die Sache außerordentlich günstig. Ich bin schon damals mit der Inangriffnahme vertröstet worden: Im Sommer hieß es, daß das Budget dringender sei, im Herbst: es müsse vor allem das Budget bis Januar fertig gestellt werden und im Januar sage man, daß es jetzt wohl fast zu spät sein würde, die Vorlage gründlich zu erledigen. So wurde ich profiliert und in meinen Entschließungen und Erwartungen dilatorisch behandelt (Große Heiterkeit), in einer Weise, die für mich geradezu persönlich traurig war. Ich hatte die Bewilligung der Sache im Prinzip und obwohl ich Ministerpräsident war, war ich absolut unfähig, die Sache auch nur schriftweise vorwärts zu bringen, die Bewilligung half mir gar nichts, weil mir im konkreten Fall passiver Widerstand geleistet wurde — von welcher Seite, ist bei der Verwickelung der Sache nicht genau zu ermitteln. Und mit solchem Erfolge wurde dieser Widerstand gezeigt, daß ich seitdem nicht im Stande gewesen bin, ob und in welcher Form mir vom Reiche wahrscheinlich einen Korb zu holen; es ist nicht gelungen, auch nur ein annäherndes Verständnis zwischen dem Handels- und Finanzministerium über die Schätzung der Gegenstände, über die Summen, die man etwa vom Reiche verlangen könnte, und über die Form, in der die Sache behandelt werden könnte, innerhalb des preußischen Staatsministeriums zu Stande zu bringen. Ich kenne die Summe noch nicht auch nur annähernd. Und wenn heute der Abg. Miquel auf den nächsten Herbst vertröstet, dann wird es jedenfalls dann auch heißen, daß erst das Budget erledigt werden müsse, um dem Reichstage und dessen Budgetberatung Platz zu machen. Wenn ich nun seit Jahren fort und fort vertröstet worden bin und wenn ich fühle, daß meine Kräfte abnehmen und daß ich nicht lange mehr für die Sache, die ich für notwendig halte, werde thätig sein können, dann muß ich als redlicher Patriot und in patriotischem Gefühl für die Sache eintreten und kann für meine Person keine Verantwortlichkeit für weiteren Zeitverlust und ein längeres Hinausziehen der Sache nicht übernehmen. Es sind in unseren Eisenbahnverhältnissen ja noch manche Zustände, die auf das wirtschaftliche Gebiet zurückwirken, daß es Zeit ist, schon mit Rücksicht auf den wirtschaftlichen Notstand der Frage näher zu treten. Ohne Schaden kann es 9 bis 12 Monate länger nicht so bleiben und es ist unsere Pflicht, die Sache früher anzufassen. Ich will nur einige Beispiele anführen, wie augenblicklich die Eisenbahnpolitik auf die anderen wirtschaftlichen Verhältnisse zurückwirkt. Von der königlichen Forstverwaltung sind mir Thatsachen zugegangen, die durch Zahlen belegt werden können, wie die Erträge der Forsten zurückgegangen. Speziell in Schlesien, von der österreichischen Grenze Ratibor bis zur Warthe herunter sind die Holzpreise beträchtlich gefallen und ist da, wo früher der beste Absatz war, das Holz unverkäuflich geworden, weil durch die billigen Transportpreise auf den österreichischen Bahnen das österreichische Holz billiger zu haben ist, als das preußische. Den Auffall in unseren Staatseinnahmen müssen wir durch direkte Steuern decken, heißt das nur nicht, daß wir einen Theil unserer direkten Steuern an Österreich geben? Aehnlich liegen die Verhältnisse für die Loheschläge. Die ungarische Loheszeit in Schlesien billiger zu haben, als die aus den naheliegenden Forsten. Das sind unnatürliche Verhältnisse, durch die unsere ganze wirtschaftliche Gravitation und Dauerhaftigkeit nach der Willkür einzelner Eisenbahnverwaltungen verschoben wird, in einer Weise, auf die kein Mensch sich einrichten kann. Die Eisenbahnen sind bei der jetzigen Erfahrung in der Lage, durch wohlfeilere Transporte, durch Begünstigung der Expeditionsmodalitäten ein größeres industrielles Etablissement zu fördern und ein anderes zu ruinieren ganz nach Willkür. Das sind unnatürliche Zustände, unter der die Stetigkeit und Regelmäßigkeit unserer wirtschaftlichen Entwicklung leidet. Wenn es mir jetzt 5 Jahren nicht möglich war, durch Eingreifen in unser Eisenbahnsystem dem abzuhelfen, so kann ich doch meine Zustimmung dazu nicht geben, diesen 5 Jahren noch ein festes Jahr hinzuzufügen. Ich will die Frage, ob wir ohne Mitwirkung des Landtages, also ohne größere Geldausgabe, als das Budget uns gewährt, in der Lage sind, durch königliche Verordnung, ich will nicht sagen die ganze Vorlage, aber doch die dringenden Bedürfnisse erledigen können, nicht erörtern. Ich will juristisch untersuchen, ob wir nach Art. 45 der Verfassung, nach welchem dem König die Exekutivgewalt und die Ernennung der Minister zusteht, ob die Gegenziehung eines Ministers genügt oder nicht — dann das würde zu Kompetenzfragen führen, zu Streitigkeiten und ich wünsche im Einverständnis mit Ihnen an erledigen und nicht ein Konfliktobjekt zu schaffen. Aber erledigen müssen wir die Frage, ich muß

sie erledigen, oder ich kann mit gutem Gewissen in meinem Posten nicht weiter bleiben. (Bewegung.) Die Zeit und die Möglichkeit der Erledigung dieser Vorlage ist da, ohne daß auch nur die Spur von einem Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten vorhanden ist. Ich will die Möglichkeit, daß ich durch die Beschlüsse des Landtages zu einem anderen Weg gedrängt werde, nicht besprechen; aber ich werde mich dem nicht versagen können, wenn ich durch die Landtagsbeschlüsse in die Lage verfestigt werde, auch andere Wege einzuführen. (Unruhe.) Der Vorredner hat über die Zweckmäßigkeit im Ganzen kein abfälliges Urtheil abgegeben, aber einige rationales dubitanti angeregt. Er hat gemeint, daß es nicht halbseitig sei, gewisse in Gesetzen dem Handelsminister übertragene Befugnisse dem Eisenbahnminister zu übertragen. Ich weiß nicht, ob wir genaugenommen einen Handelsminister haben; wir haben einen Minister für Handel, Gewerbe und Bauwesen; ich weiß nicht, ob dieser Titel überall wiederholt ist; ich bin auf diese Bedenken nicht gekommen. Wir könnten ja auch zwei Handelsminister haben, wie wir zwei Justizminister gehabt haben; und die des Gesetzes würde ja entscheiden, welcher von beiden, ob der Handelsminister oder der Eisenbahnminister, die betreffende Errichtung haben soll. Das brauchen wir nicht in jedem einzelnen Gesetze zu ändern, das würde selbstverständlich sein. Daß die Interessen des Handels und Verkehrs bei einem Minister, der zugleich Eisenbahnminister ist, mehr geschützt sein sollen, als bei einem selbständigen Eisenbahnminister, kann ich nicht ueben. Im Gegenteil, ein Minister, der sich ausschließlich als Vertreter der Handelsinteressen fühlt, wird seinem Eisenbahnkollegen freier entgegentreten und seine Interessen vor Schädigung besser bewahren. Wenn man nun sagt, daß, wenn man einzelne Punkte im Ministerium ändert, gleich noch andere Verbesserungen eintreten könnten, so muß ich doch bemerken, daß die, die eine Reform nicht wollen, mit solchen Einwänden kommen, und darüber unterbleibt dann die ganze Sache. Der Abg. Miquel ist in den Zeilen mit uns einverstanden, dann kann ich aber seine Konklusion nicht verstehen, daß er den Fazipad der Opportunität eingeschlagen hat. Ein Bautenminister ist auch ein Theil des Programms, daß ich seit 15 Jahren vergleichbar vertrete, die Abtretung der Domänen und Forsten vom Finanzministerium ist ebenfalls ein alter Plan; vielleicht liege sich auch sagen, ein Gewerbeminster müßte geschaffen werden; Landwirtschaft und Handel sind auch Gewerbe, also müssen diese alle in einer Hand sein, damit sich die zusammengehörigen Interessen nicht bekämpfen und entgegentreten. Das Alles kann wohl das Ziel der Bestrebungen sein, aber lassen Sie uns erst einen Schritt vorwärts machen, den wir übersehen können; die Schwierigkeiten aus dem alten gebrochenen Geleise herauszutrommen, gestalten es nicht, daß die Minerva gleichsam geharnischt herauspringt aus dem Hause des Finanzministers, der nicht da ist. (Heiterkeit.) Wie sich die Regierung in derartigen Dingen in Zukunft stellen wird, das wird wesentlich davon abhängen, wie sich die Verhältnisse im Handels- und Finanzministerium gestalten, und wenn ich meine Kollegen dazu gewinnen kann, so werde ich versuchen der Sache näher zu treten. Dazu muß man aber erst die Personen kennen, denn dies ist mehr eine Personen- als eine sachliche Frage. Ich muß erst sehen, wer preußischer Finanzminister wird und wie sich nach der Vorlage das Handelsministerium gestaltet; denn Sie müssen bedenken, daß wir die Finanzminister nicht immer fertig auf Lager haben oder bekommen können (Heiterkeit). Das liegt in der Natur der Sache. Ich habe mich von dem Kollegen, mit dem ich neun Jahre lang in guten und schlechten Zeiten, in Frieden und Unfrieden zusammen gearbeitet habe, schwer getrennt, und habe nicht sofort bei dem ersten Anzeichen des Unmuths die Hand dazu geboten, daß dieser Abschied beschleunigt wurde, bis er mit einer Entscheidbarkeit, die die Hoffnung auf Umkehr ausschloß, auf seiner Entlassung bestand. So lange der Abschied nicht bewilligt war, war es nicht thunlich, Verhandlungen mit anderen Personen anzuknüpfen. Diese Verhandlungen sind nicht leicht. Es sind viele Leute geneigt, ein weniger verantwortliches, ein weniger lämpfverprechendes Ministerium zu übernehmen, wenn es vacant wird, aber zu einem Finanzminister angefischt der finanziellen Reformen, die bevorstehen, angefischt der Stellung, die die Mehrheit des Reichstages darum genommen hat, dann gehört ein Mann von einem Mut, der sich dazu entschließt. Es erfordert Verhandlungen, man bat sich mit jedem einzeln stundenlang zu besprechen, ob er mit diesen oder jenen Bedingungen einverstanden ist; aber Verhandlungen müssen doch vorher stattfinden, aber nicht nachher. Außerdem steht die Ernennung des Finanzministers dem König zu; ich muß also Sicherheit haben, daß, wenn Se. Majestät für ein so wichtiges und durch neue Attribute noch wichtiger zu machendes Ministerium einen Minister ernannt, derselbe politisch dem Monarchen genehm ist, denn in Konflikt mit dem Monarchen die Sache treiben, ist für einen Minister nicht thunlich. Nach dem Wortlaut der Verfassung ist das eine undurchführbare Aufgabe. Ich bitte Sie, sich darüber nicht zu täuschen, daß es nach unserer Verfassung der König ist, dem allein das Recht zusteht und der auch vollständig bereit und im Stande ist, dieses Recht auszuüben. Allein ich möchte Sie in erster Linie bitten, dem Weg, den der Vorredner vorgeschlagen hat, nicht zu folgen, und mich nicht auf den nächsten Herbst oder sagen wir auf das nächste Frühjahr 1879, also jetzt ungefähr übers Jahr, mit diesen Reformen zu vertrösten. Wir alle wissen nicht, wer von uns dann noch lebt und jetzt ist es tempus utile zu handeln. Benutzen wir das. Die Frage, ob man einem eben eintretenden Finanzminister vorzuschreiben könne, daß er nur unter der Bedingung eintritt, wie ich es allerdings wünsche, erschwert auch die Gewinnung eines Finanzministers in ganz erheblichem Maße, und bei mir ist es die 15jährige Erfahrung, die mir empfohlen hat, den Moment zu benutzen, wo kein Finanzminister da ist (Heiterkeit), und wo man durch einen solchen nicht gehindert wird. Ich möchte sagen: ich würde dem Monarchen nicht eher eine Ernennungssordre für einen Finanzminister vorlegen, als bis diese Sache wenigstens mit dem neu zu Ernennenden, vielleicht auch bis diese Sache überhaupt geregt ist; denn ich bin in dieser Beziehung — in Betreff des Schiebens auf die lange Bank — und in Betreff des Sagens: nur jetzt nicht — ein gebranntes Kind, und ich bin nicht mehr in der Gefundheit, um auf Dinge, die mir so am Herzen liegen wie diese, lange warten zu können, wenn ich Hand an sie noch legen will. Wenn die Herren nicht im Stande sind, uns diese Einrichtung zu bewilligen, dann muß ich mir freilich die Entscheidung vorbehalten, ob ich zu einem Ausflusmittel greife, das mich sicher und ohne Konflikt mit Ihnen zum Ziele führen würde, oder ob ich mich ähnlich außer Verantwortung stellen will, oder ob Sie uns die Zeit bewilligen wollen, die ich zu haben glaube, nämlich die Vorlage mit dem Maße von Gründlichkeit, das vielleicht auch den Abg. Miquel befriedigt hätte, auszuarbeiten und sie Ihnen im Monat Mai wieder zu unterbreiten. (Bewegung.)

Abg. Birchow: Meine Partei kann nicht so weitgebende Zugeständnisse machen, wie Herr Miquel für Namens seiner Partei gemacht hat. Wir unterscheiden uns von ihm darin, daß wir die Situation im Lichte der ganzen, politischen Konstellation betrachten. Wir haben die schwersten Bedenken, unsere Zustimmung zu Vorschlägen zu geben, die nur Personenveränderungen vorbereiten sollen, von denen wir allerdings nicht wissen, aber wohl fürchten, daß sie eine entgegengesetzte Politik im Gefolge haben, wie wir im Interesse des Landes wünschen müssen. Ich gebe zu, daß die Fragen an sich eine ganz objektive Untersuchung zulassen, und wir wollen sie gern diskutieren, aber zu ihrer Zeit. Diese Fragen sind jetzt doch nur Nebenfragen; ihre Lösung soll Personen gewinnen, welche ein neues Ministerium bilden können. Ich verdenke es dem Ministerpräsidenten ja nicht, daß er das Ressort der Domänen und Forsten dem landwirtschaftlichen Ministerium überreicht, damit der Chef desselben einen kleinen Trost dafür erhält, daß ihm das Ministerium des Innern entgangen ist. (Unruhe rechts.) Aber wir sehen nicht, wohin der Ministerpräsident überhaupt tendirt; wir können nicht mit Begeisterung in diese Beratung treten, während Männer als Ministerkandidaten genannt, deren Namen einerseits ganz bedeutungslos sind, andererseits einen entschieden reaktionären Klang haben. Für uns stehen in erster Reihe die Fragen: Welche Politik wird das neue Ministerium bezüglich der Verwaltungsreform verfolgen? Welche Politik im Kirchen- und Schulwesen? (Unruhe rechts.) Ja, das sind nicht nur

wichtige, es sind geradezu Lebensfragen für den preußischen Staat. Unter solchen Umständen haben wir allerdings Anderes erwartet, als jetzt eintreten zu wollen scheint: ein Ministerium mit bestimmtem Programm, mit politischen Gedanken, ein Ministerium, das einen bestimmten, politischen Willen hat und wenn es diesen Willen nicht durchsetzen kann, zurücktritt. Niemand denkt daran, die Rechte des Königs zu schmälern; er kann Minister ernennen und entlassen, wie er will, allein die ganze Natur des modernen Konstitutionalismus drängt doch dahin, daß Minister ihr Amt niedergelegen, wenn sie nicht im Einverständnis mit der Volksvertretung verfolgen können. Wir aber behalten die Minister fort und fort, auch wenn sie gänzliches Fiasko gemacht haben. Wenn man hier große Pläne verfolgt, wie der Reichskanzler, z. B. das Reichseisenbahnprojekt, von dem das Wohl und Wehe der ganzen Nation abhängt — ich gebe ja zu, daß man es für gut halten kann, obgleich ich es für schlecht halte — so muß man doch von vornherein darüber klar sein, was man damit eigentlich bezeichnet. So geht es nicht, daß man heute mit einigen Personen bespricht, wie die Idee wohl ausgeführt werden könnte und sie morgen wieder fallen läßt. Jetzt ist so wenig Zusammenhang in der Regierung, daß wir fort und fort Anslagen der Minister untereinander hören; man beschwert sich und beklagt sich über einander; hier war und wird verhandelt, was billiger Weise hinter den Kulissen erledigt sein sollte. Ich verstehe nicht, wie der Ministerpräsident seine Kollegen anladen kann, wie er sagen kann: ich bin mit meinen Leuten nicht fertig geworden. Der Reichskanzler gilt im Innern und noch mehr im Auslande als ein eiserner Mann; hier vor uns steht er, als ob er der schwächste Mann sei, der gar nichts durchsetzen könnte. (Große Heiterkeit.) Wir haben jetzt, ich möchte sagen, eine ununterbrochene Abwirtschaftung der Persönlichkeiten (Beifall links). Das ganze System fulminirt darin, daß Personen ruiniert nicht blos hinausgeworfen, sondern noch obendrein mit Hohn und Spott überhäuft werden. Man kann sich wirklich nicht wundern, wenn sich keine Personen mehr für solche Posten finden wollen. In jedem anderen Staate existieren doch Persönlichkeiten, auf welche sich unwillkürlich der Blick des Volkes lenkt, wenn von Bildung eines neuen Ministeriums die Rede ist. Bei uns sind sie immer seltener geworden. Wir werden immer mehr in die kleinsten Verhältnisse des Büros gezwungen; die politischen verschwinden vor den bürokratischen Personen. Im Reiche mag die Sache ja anders liegen, aber Preußen ist doch unbestritten ein konstitutioneller Staat mit einem kollegialen Ministerium. Wenn der Minister im Kabinett auf Widerstand stößt, so muß er ihn freilich brechen, aber er darf es nur dadurch, daß er die Personen wechselt, nicht dadurch, daß die Minister herabgedrückt werden, vor der Volksvertretung Ansichten zu bekennen, welche ihrer Überzeugung widersprechen. Das System wird nicht nur die Minister, sondern auch die Ministerial-Räthe herab; sie werden zu Advokaten, welche jede beliebige Sache vertheidigen. Der neue Kanzler, von dem man spricht, macht auf uns keinen erfreulichen Eindruck. Im Augenblicke, wo wir Personen nennen hören, die uns durchaus antipathisch sind, deren politische Haltung auf eine nahende Reaktion deutet, können Sie uns nicht zumutnen, daß wir solchen Einfluss auf die staatlichen Angelegenheiten in Preußen gewähren. Schon jetzt ist das Ministerium eine so abnorme Konstitution, daß sie nicht noch mehr in dieser Abnormalität gefeiert werden darf. Es sind schon drei Reichsminister in das Kabinett geschickt, welche kein Ressort haben; wozu noch einen vierten, der gar keinen Zusammenhang mit den Geschäften hat? Die Beispiele, welche der Ministerpräsident für die Notwendigkeit eines besonderen Eisenbahn-Ministeriums anführt, habe ich genau verfolgt, aber sie haben mich nicht im Geringsten überzeugt; diese kleinen Tariffragen haben doch nicht entfacht die Wichtigkeit, welche ihnen beigelegt werden sollte. Und weshalb sollten sich jetzt darüber Finanz- und Handelsminister nicht ebenso gut einigen können, wie später der Eisenbahn- und der landwirtschaftlichen Minister? Am wenigsten gehe ich auf den Leim von Herrn Miquel, welcher dieser Vorlage noch eine Reihe anderer Dinge nachwerfen will. Das Bauwesen ist verhältnismäßig ein geringes Ressort und ruht so sehr auf technischen Schultern, daß es dem Handelsminister wohl wenig in Anspruch nimmt. Mit tiefster Neherachtung haben wir wohl alle gehört, daß der Reichskanzler die Reichseisenbahndee noch als offen betrachtet und wieder aufzunehmen gedenkt. Diese Frage müßte doch unter allen Umständen entschieden sein, ehe man ein besonderes preußisches Eisenbahnministerium schafft. Für uns ist die Vorlage nicht nur jetzt, sondern wahrscheinlich auch im Mai unannehmbar. Sollten wir dann aber Personen am Ministerium sehen, welche ein bestimmtes Programm vertreten, eine bestimmte Politik verfolgen, so würden wir darnach unser Verhalten einrichten.

Minister Friedenthal: Es ist nicht meine Absicht, jetzt schon tiefer in die Materie einzugehen; ich muß aber sofort gegen die schweren Angriffe protestieren, welche der Vorredner gegen mich als Person und als Minister, sowie gegen das Gesamtministerium gerichtet hat. Das Ressort der Domänen und Forsten ist nicht dem landwirtschaftlichen Ministerium überwiesen worden, um mir eine Konkurrenz zu gewähren, weil ich nicht das Ministerium des Innern erhalten hätte. Dies Ministerium mir anzubieten, hat mich der Ministerpräsident unter Zustimmung Sr. Majestät beeindruckt; ich bat aber Se. Majestät, auf die ebendolle Stellung verzichten zu dürfen, weil ich nach meinen Neigungen und nach gewissenhafter Schätzung meiner Fähigkeiten auf dem Posten, auf dem ich jetzt stehe, meinem Vaterlande die besten Dienste leisten zu können glaube. (Lebhafter Beifall rechts.) Dann hat der Vorredner behauptet, daß das Ministerium keine politischen Gedanken, keine Solidarität, kein bestimmtes Programm habe. Ich bestreite das zunächst für die Vergangenheit. Daß hier und da bei Durchführung der Verwaltungsreform, nicht in den letzten Zielen, über welche immer Einstimmigkeit herrschte, sondern nur über die Methode der Ausführung, Schwankungen im Ministerium stattgefunden haben, ist richtig, aber an diesen Schwankungen hat das hohe Haus durchaus Theil genommen. Sie haben deshalb kein Recht, uns den Vorwurf der Prinzipiosalität und des Mangels an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie, von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnprojekt hat immer Uebereinstimmung gebracht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesamte Kulturrevolution und des Manges an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie, von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnprojekt hat immer Uebereinstimmung gebracht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesamte Kulturrevolution und des Manges an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie, von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnprojekt hat immer Uebereinstimmung gebracht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesamte Kulturrevolution und des Manges an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie, von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnprojekt hat immer Uebereinstimmung gebracht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesamte Kulturrevolution und des Manges an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie, von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnprojekt hat immer Uebereinstimmung gebracht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesamte Kulturrevolution und des Manges an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie, von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnprojekt hat immer Uebereinstimmung gebracht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesamte Kulturrevolution und des Manges an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie, von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnprojekt hat immer Uebereinstimmung gebracht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesamte Kulturrevolution und des Manges an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie, von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnprojekt hat immer Uebereinstimmung gebracht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesamte Kulturrevolution und des Manges an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie, von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnprojekt hat immer Uebereinstimmung gebracht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesamte Kulturrevolution und des Manges an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie, von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnprojekt hat immer Uebereinstimmung gebracht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesamte Kulturrevolution und des Manges an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie, von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnprojekt hat immer Uebereinstimmung gebracht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesamte Kulturrevolution und des Manges an politischen Gedanken zu machen. Was die Zukunft anbetrifft, so werden die neuen Minister ihr Programm entwickeln; was berechtigt Sie, von vornherein anzunehmen, daß das nicht geschehen wird? Auch über das Reichseisenbahnprojekt hat immer Uebereinstimmung gebracht; wir alle haben es als nationales Ziel betrachtet, daß eine Einrichtung, die so tief in die gesamte Kulturrevolution und des Manges an politischen Gedanken zu machen. Was

Borwurf der Sophistik zurück. Er habe die Bemerkung des Ministerpräsidenten von dem passiven Widerstand, welchen er im Ministerium finde, nur auf Personen deuten können; irre er darin, so sei er jedenfalls guten Glaubens gewesen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der ersten, eventuell zweiten Beratung des Nachtrags-Statuts.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 24. März.

— Der bisherige Finanzminister Camphausen hat nunmehr, wie bereits oben unter „Amtliches“ nach dem „Staats-Anz.“ mitgetheilt, seine Entlassung erhalten. Bezuglich seines Nachfolgers hört die „N. L. C.“, das Finanzministerium sei definitiv dem Oberbürgermeister von Berlin Hobrecht übertragen. Derselbe hat, der „Volks-Ztg.“ zufolge, seinen näheren Freunden, insbesondere dem Magistrat, am Sonnabend mitgetheilt, daß er das ihm vom Reichskämmerer angestrahlte Portefeuille des Finanzministeriums angenommen habe. Am Freitag Nachts 11 Uhr sei zwischen dem Reichskämmerer und Herrn Hobrecht eine Einigung hierüber zu Stande gekommen, nachdem die Verhandlungen mit dem Regierungspräsidenten Hoffmann wegen mehrfacher Differenzen abgebrochen waren. Selbst die nächststehenden Bekannte Hobrechts sind durch diese Nachricht aufs Höchst überrascht worden, da Niemand eine Ahnung von mit ihm geplötzten Verhandlungen hatte. Einige Blätter bringen genauere Mittheilungen über die Vorgänge der letzten Tage, welche jedoch die Ernennung Hobrechts noch nicht als vollständig abgemachte Sache erscheinen lassen. Dieselben lauten:

Am Mittwoch wurde Seitens des Fürsten Bismarck an den Oberbürgermeister Hobrecht die Anfrage gerichtet, ob er geneigt sei, die erledigte Stelle eines preußischen Finanzministers zu übernehmen. Der Oberbürgermeister erbat sich Bedenkzeit zur Orientierung über die politische Lage und begab sich Freitag Abend um 8 Uhr aus dem Festsaal des Rathauses, wofürth die städtischen Körperfürdern den Geburtstag des Kaisers durch ein Diner gefeiert hatten, zum Fürsten Bismarck, bei welchem er sich bis gegen 11 Uhr aufhielt. Die Unterhaltung mit dem Fürsten bezog sich besonders auf die jetzige Finanzlage und die nächsten Aufgaben eines Finanzministers; dagegen gelangten die Personenfragen für die übrigen erledigten, resp. zu errichtenden Ministerien nicht zur Erörterung. Der Oberbürgermeister erklärte im Prinzip bereit die Berufung zum Finanzminister zu akzeptieren, falls in Bezug auf die übrigen preußischen Ministerien keine Änderung erfolgt nach der Rückkehr, welche eine wesentliche Veränderung der bisher verfolgten preußischen Politik in der inneren Verwaltung annehmen läßt. Vor jedoch die Ernennung erfolge, wolle er mit den hervorragenderen und einflußreicherem Mitgliedern des Abgeordnetenhauses sich in Verbindung setzen, um zu erheben, ob er da das Entgegenkommen finde, welches notwendig mit einer fräftigen und erfolgreichen Leitung des Finanzministeriums verbunden sein müsse. Fürst Bismarck billigte den Plan des Oberbürgermeisters.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 25. März.

th. Heute Abend gedenkt der Violinist Herr Kazhaski aus Paris im Bazar-Saal ein Konzert zu geben. Herr Kazhaski, ein Russe, ist aus Litauen gebürtig, verdankt seine musikalische Ausbildung dem Petersburger Konseratorium und begab sich dann nach Paris, wo er längere Zeit unter Bierutemps, des berühmten Violinisten Leitung seiner Studien fortsetzte. Seit einigen Jahren zählt er zu den Solisten des philharmonischen Vereins in Paris, der sich in der Metropole einer hohen Achtung erfreut und für das pariser musikalische Leben von eingreifender Bedeutung ist. Herr Kazhaski ist auch Delegat für die slavische Sektion der internationalen Konzerte während der pariser Ausstellung, aber auch Komponist für sein Instrument und sein Konzert, das er auch hier vorzuführen gedenkt, hat nach dem Urtheil der pariser Zeitungen höheren musikalischen Werth. Wir wollen dem Künstler, der, auf einer Kunstreise nach Warschau, Moskau und Petersburg begriffen, hier in Posen Station gemacht, den besten Erfolg wünschen.

Nachdem der eine beim Raubmorde im Försterhause in Sowiniec beteiligte Mörder Matajczak sich bekanntlich im schlimmer Kreisgerichtsgespanne vor einiger Zeit erhängt hat, hat der andere Mörder Janekonski in diesen Tagen den Versuch gemacht, sich auch zu erhängen, wurde jedoch an seinem Vorhaben rechtzeitig verhindert und wird seitdem von zwei Aufsehern unausgesetzt bewacht. Das leben gebliebene Förstermädchen ist von seiner gefährlichen Verbindung wieder genesen.

Dr. Schürmann, Lehrer am bromberger Gymnasium, ist als ordentlicher Lehrer an die Realschule in Sprottau berufen worden.

r. Wollstein, 23. März. [Selbstmord.] Am 20. d. M. vergriff sich in Unruhstadt der dortige Müllermeister J. G. durch Arsenik. Es verlautet, daß häuslicher Zwist das Motiv zum Selbstmorde gewesen sei.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 25. März. Der Volkswirtschaftliche Kongress wird nach einer vorgestrigen vorläufigen Besprechung dieses Jahr vielleicht in Posen zusammen treten. Auf die Tagesordnung sollen gelangen: zoll- und steuerpolitische Enquêtes, Tabakmonopol, Differentialzölle und Meistbegünstigung.

(Privatpepste der Posener Zeitung) Wien, 22. März. Die österreichische Delegation nahm die Kreide für die bosnischen Flüchtlinge an, sowie die Regierungsvorlage betreffend die Bestreitung der außerordentlichen Erfordernisse bis Ende April d. J.

Wien, 23. März. Die „Polit. Korresp.“ veröffentlicht folgende Meldungen: Aus Athen: Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Delamys, sprach kompetenter Persönlichkeit gegenüber die Befürchtung aus, daß Griechenland, wenn der Kongress die hellenistische Frage nicht definitiv lösen sollte, durch die Aufrégung der Bevölkerung zum Kriege getrieben werden dürfte. Die Regierung habe für den Kongress wertvolle statistische Daten über die Verhältnisse der griechischen Bevölkerung in Makedonien aufstellen lassen — Die Feindseligkeiten zwischen den Insurgenten von Belion und den Türken bei Agria haben wieder begonnen. Die Türken haben mehrere Dörfer in Brand gestellt und die Einwohner derselben niedergemacht. — Aus Bukarest: Die gestern in Petersburg umlaufenden Gerichte über den Ausbruch von Unruhen in Bukarest sind unbegründet. Der Ministerpräsident Bratiano wird sich voransichtlich zum Kongresse begeben. — Die Typhus-Epidemie in Bukarest tritt sehr stark auf.

Wien, 23. März. Zwischen den beiden Delegationen ist bezüglich sämtlicher differirender Beschlüsse eine Einigung erzielt worden, indem die ungarische Delegation sich den meisten Beschlüssen der österreichischen, insbesondere dem Beschlusshandlung derselben in Betreff des Kredites von 60 Millionen anschloß. — In der ungarischen Delegation erwiederte Graf Androssy auf eine Interpellation Eszterházy's, er habe vorgestern Abend durch einen Kurier des Petersburger Kabinetts die offizielle Mittheilung des Friedensvertrages erhalten. Von Seiten der Türkei sei die Mittheilung des Vertrages noch nicht erfolgt. Der Vertrag werde auch in Wien in authentischer Form veröffentlicht werden. Für den Zusammentritt des Kongresses sei einer der letzten Tage des März in Aussicht genommen gewesen. Zwischen seien aber einzelne Präliminarfragen aufgetaucht, in Betreff welcher zwischen Russland und England ein Tradeaustausch stattfindet. Der Zusammentritt des Kongresses könne daher nicht sicher bestimmt werden.

Wien, 23. März. Die „Wiener Abendpost“ schreibt bezüglich der augenblicklichen Lage:

Das englische Kabinett verlangt die Erklärung Russlands, daß die Mittheilung des Friedensinstrumentes an die Mächte mit der formellen Vorlage desselben im Kongress gleichbedeutend sei, während das russische Kabinett seinen internationalen Pflichten mit jener Mittheilung genügt zu haben glaubt und sich zu einer ausdrücklichen Vorlage an den Kongress um so weniger verstehen will, als es bereits durch die Bekanntgabe der Friedensbedingungen jeder einzelnen Macht die Möglichkeit geboten hat, die einzelnen Bestimmungen des Vertrages zum Gegenstand einer europäischen Beratung zu machen. Eine Verständigung ist bis jetzt nicht erfolgt und so lange das nicht der Fall ist, muß auch das Schicksal des Kongresses als ein noch unentschiedenes betrachtet werden.

Wien, 24. März. Die „Montagsrevue“ schreibt: Die Kontroverse zwischen England und Russland habe sich zu einer ernsteren Differenz zugespielt als nach dem wesentlich formalen Charakter des Streitpunktes zu erwarten gewesen. Wenn der Kongress scheitere, so sei es nicht abzusehen, welche Vortheile England aus einer solchen Situation zu ziehen vermöchte, da alsdann eine individuelle Diskussion der Friedensartikel durch jede einzelne Macht eintrete, was England doch vermeiden wolle und was Russland erwünscht wäre.

Galatz, 24. März. Die Donauflussfahrt ist eröffnet; heute sind bereits drei Schiffe hier eingetroffen, morgen werden vier erwartet. Die Wasserhöhe im Sulima-Arme beträgt 15 Schuh.

Konstantinopel, 22. März. Die hiesige „Agence Havas“ will wissen, die Absahrt der russischen Garde sei bis nach dem Kongresse vertagt.

Konstantinopel, 22. März. Mehrere der hiesigen Kasernen haben wegen des darin ausgebrochenen Typhus geräumt werden müssen, die in denselben befindlichen Soldaten wurden nach Bujukdere verlegt, wo sie ein Lager bezogen. — In einer von den Festen ottomanischer Bonds abgehaltenen Versammlung wurde die Bildung eines Komités beschlossen, welches die Interessen der Bondsbesitzer in der Türkei und im Auslande wahrnehmen soll.

Konstantinopel, 23. März. Wie die hiesige „Agence Havas“ meldet, hätten die Russen alle Vorbereitungen zur Einschiffung der Truppen in San Stefano eingestellt. — In Adrianopel sei der Typhus ausgebrochen. — Hobart Pascha hat den Befehl erhalten, sich nach Prevese zu begeben und in den dortigen Gewässern zu kreuzen.

Konstantinopel, 23. März. Die bei Slutari stehenden türkischen Truppen sind in die Umgegend von Bujukdere marschiert, wo ein Lager für 15,000 Türken gebildet wird; ein zweites türkisches Lager wird bei Kaval am Schwarzen Meere errichtet. — Gerichtsweise verlautet, Munif Effendi würde zum Botschafter in Petersburg ernannt werden. — Osman Pascha wird morgen mit Neou Pascha hier eintreffen.

Petersburg, 23. März. Der „Golos“ bespricht den Friedens-Vertrag und meint, eine volle und endgültige Befreiung der Christen sei durch denselben nicht erreicht worden. Das Blatt glaubt, der Vertrag befriedige die russische Bevölkerung nicht.

Petersburg, 24. März. Zur Feier des Geburtstages des deutschen Kaisers fand in dem Winterpalais ein Diner statt, zu welchem auch das Personal der deutschen Botschaft geladen war.

Athen, 24. März. Admiral Hornby, durch den englischen Legations-Sekretär Wyndham von den gegen christliche Familien bei Olympos begangenen Greueln benachrichtigt, sandte das Panzerschiff „Bubble“ um den Bedrängten zu Hilfe zu kommen und weitere Grausamkeiten zu verhindern.

London, 22. März. Ueber die heutige Unterhaus-sitzung meldet ein Telegramm Folgendes:

Auf eine Anfrage Lamson's erklärte der General-Inspektor des Kriegsmaterials, Lord Cecil, allerdings seien für die Vertheidigung noch anderer britischen Häfen, als denjenigen im Clyde Torpedos zur Anwendung gebracht worden, aus erklären Gründen sei jedoch die Mittheilung von Details unüblich. — Ferner wurde von Hubcock eine Resolution des Inthaltis beantragt, daß der Stand des Böllerrechts bezüglich des Kriegsrechtes zur See ein unbefriedigender sei und sorgfältiger Beachtung von Seiten der Regierung bedürfe. Zur Begründung dieser Resolution wies Hubcock darauf hin, daß die pariser Deklaration vag und einseitig sei und völlig machtlos Privatkreuzer gegenüber. Ebenso unbefriedigend sei der Zustand, in dem sich die Frage wegen des neutralen Eigenthums zur See befindet. Es liege im Interesse Englands und sei die beste Lösung der Frage, die Wegnahme von Schiffen zur See ganz abzuschaffen. Der Werth der Blokade sei durch die Eisenbahnen vollständig verändert, er hoffe, der Kongress werde sich mit dem Gegenstand beschäftigen. Der Antrag Hubcock's wurde von Baxley unterstützt. Im weiteren Verlaufe der Debatte bekämpfte Harcourt denselben und betonte, England dürfe seine mächtigste Waffe nicht aus der Hand geben. Holker erklärte, die pariser Deklaration sei keineswegs ein nützloses Dokument und dürfe nicht aus selbstsüchtigen Gründen aufgegeben werden. Der jegliche Augenblick sei durchaus nicht zum Rücktritt von der Deklaration geeignet. Die Befreiung des in feindlichen Schiffen befindlichen Privateigentums von der Wegnahme zur See und das Aufheben des Blokades würden Englands Aktion lähmen. England sei keine große Militärmacht; die Aufgabe des Reiches, den Feind aus dem Meere zu vertreiben, würde den Bericht auf die maritime Suprematie Englands gleichkommen. Schatzkanzler Northcote bekämpfte ebenfalls den Antrag, für den vielleicht manche Argumente plausibel erschienen, die Annahme desselben würde indessen den Verdacht erregen, daß sich England von der pariser Deklaration loslügen wolle. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt.

London, 23. März. Gladstone hat bei Empfang einer Deputation aus Greenwich eine Rede gehalten, in welcher er bedauerte, daß das Parlament den Kredit von 6 Millionen Pfund bewilligt habe. Weiter erklärte Gladstone, er verabscheue den Krieg, insofern sei zu konstatiren, daß dieser Krieg größere Resultate zur Folge gehabt habe, als irgend ein Krieg der letzten Zeit. Er verstehe nicht, weshalb die englische Flotte in den türkischen Gewässern sich aufhalte, er begreife

auch nicht das Verlangen der englischen Regierung, daß Russland, nachdem es den Friedensvertrag allen Mächten mitgetheilt habe, ihn noch auf dem Kongress vorlegen soll. Dagegen billige er die Politik der Regierung in Betreff der Dardanellen und in Betreff Griechenlands.

London, 23. März. Nach einer bei „Clouds“ eingegangenen Depeche von der Sulina-Mündung hätte die europäische Kommission es abgelehnt, die Donau als für die Schiffsahrt offen zu erklären, bevor die Russen die Garantie gegeben, daß die Torpedos bis zur Mündung fortgenommen sind. — Die Admiralsität hat die sofortige Indienststellung der Panzerfregatte „Invincible“ und der Korvette „Tenedos“ angeordnet. Erstere ist für das Mittelmeer bestimmt.

London, 23. März. Wie verlautet, sollen 5 der Cunard- und der White-Star-Company gehörige Dampfer provisorisch von der Regierung gemietet werden sein.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Unsere geliebte Hermine starb gestern um 9 Uhr.

Der Gatte Oscar Freytag.

Die Eltern und Geschwister Behel.

Posen, den 24. März 1878.

Das Begräbnis soll stattfinden am Mittwoch Nachmittag um 4 Uhr.

Telegraphische Wörterbücher.

Berlin, 24. März. Börsenverkehr. Kreditaktien 392,00 a 393,00 a 392,50, Franzosen 433,00, Lombarden 124,00, 1860er Loos 104,50 a 104,25, österr. Goldrente 62,40 a 62,50 a 62,40 Silberrente — Papierrente 52,40 a 52,50 a 52,40, ungar. Goldrente 75,10, Italiener 73,00 a 72,90, 5 pcf Türk. — 5 proc. Russen 83,10 a 83,25 a 83,10, 1877er Russen — Russische Noten per ult. März 216,50 a 215,50, Rumänen 25,25 a 25,00 a 25,40, do. Gros. Obligationen 75,00, Köln-Mindener Bahn 95,25 a 95,00, Bergisch-Märkische Bahn 75,00, Rheinische Bahn 106,75, Galizier 104,50, Diskont-Kommandit 117,75 a 118,00, Deutsche Bank — Laurahütte 73,50, Reichsbank — Ziemiad fest, geringes Geschäft.

Frankfurt a. M., 23. März. Matt.

[Schluß-Kurs] Lond. Wechsel 20,42. Pariser Wechsel 81,20, Wiener Wechsel 170,10. Böhmis. Westbahn 148. Elisabethbahn 143. Galizier 208. Franzosen 216. Lombarden*) 61. Nordwestbahn 93. Silberrente 55%. Papierrente 52%. Russ. Goldrente 75%. Russ. 1872 — R. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1860er Loos 105. 1864er Loos 250,30. Kreditaktien*) 196. Oesterl. Nationalbank 678,00. Darmst. Bank 108. Berliner Bank — Frankfur. Wechselbank — Oesterl. deutsc. Bank — Reininger Bank 74. Hess. Ludwigsbahn 79. Oberhessen — Ung. Staatsloos 149,50. Ung. Szazam. alt 100%. do. neue 94,50. do. Östl. Öhl. II. 62%. Centr. Pacific 101%. Reichsbank 154. Reichsanl. 96%. Oest. Goldrente 62%. Ung. Goldrente 75%.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 195, Franzosen 216, 1860er Loos — Galizier — österr. Goldrente — ungarische Goldrente — Neu Russen —

*) per medio resp. per ultimo.

Athen 215, 1860er Loos 104, Galizier 208, ungar. Goldrente 100. Silberrente 55%. Papierrente 52%. Russ. Goldrente 75%. Russ. 1872 — R. Russ. 83%. Amerikaner 1885 99%. 1860er Loos 105. 1864er Loos 250,30. Kreditaktien*) 196. Oesterl. Nationalbank 678,00. Darmst. Bank 108. Berliner Bank — Frankfur. Wechselbank — Oesterl. deutsc. Bank — Reininger Bank 74. Hess. Ludwigsbahn 79. Oberhessen — Ung. Staatsloos 149,50. Ung. Szazam. alt 100%. do. neue 94,50. do. Östl. Öhl. II. 62%. Centr. Pacific 101%. Reichsbank 154. Reichsanl. 96%. Oest. Goldrente 62%. Ung. Goldrente 75%.

Wien, 23. März. Gedruckt. Devisen sich verstetend. [Schlußkurse] Papierrente 62,20. Silberrente 66,10. 1854er Loos 107,50. Nationalbank 794,00. Nordbahn 1885,00. Kreditaktien 231,00. Franzosen 255,00. Galizier 244,75. Rast. Oderberg 103,20. Barbuditzer — Nordwestb. 109,00. Nordwestb. Lit. B. — London 119,85. Hamburg — Paris 47,65. Frankfurt — Amsterdam 98,75. Böhmis. Westbahn — — Kreditloos 163,00. 1860er Loos 111,00. Lombarden 73,25. 1864er Loos 135,50. Unionbank 63,25. Anglo-Austr. 99,00. Napoleon 9,56%. Dulaten 5,63. Silbercou 105,35. Elisabethbahn 168,00. Ung. Prämienanl. 77,20. Marknoten 58,90. Türkische Loos 14,25. Oesterl. Goldrente 73,30. Ung. Goldrente 88,80.

Wien, 23. März. Abendbörse. Kreditaktien 231,40, Franzosen 255,00, Galizier 245,00, Anglo-Austr. 99,00, Lombarden — Silberrente — Papierrente 62,20, Goldrente 73,80, Marknoten 58,87%. Ungar. Goldrente 88,80, Nationalbank —, Napoleon 9,57. Umsatzkurse nominell.

Wien, 23. März. Offizielle Notirungen: Silberrente 105,15, 1860er Loos — 1864er Loos 134,80, ungar. Prämienloos — Dulaten 5,62, Nationalbank 795,00, Nordbahn —, Nordwestbahn —, Kaschau-Oderberger —, Nordwestbahn —.

Wien, 24. März. Privatverkehr. Kreditaktien 231,20. Franzosen 254,50, Galizier 244,75, Anglo-Austr. 99,00, Nordwestbahn —, Lombarden —, Papierrente 62,12%, Goldrente 73,80, ung. Goldrente 88,80, Marknoten 58,95, Napoleon 9,58. Gang geschäftslös.

Paris, 23. März. Ruhig. [Schlußkurse] 3 pcf. Rente 73,07%. Anleihe de 1872 109,82%. Italienische Spro. Rente —, do. Tabaksaltien —, do. 24. Spro. Obligationen —, Franzosen 538,75. Lombard. Eisenbahn-At. 160,00. do. Prioritäten 237,00. Türk. de 1865 8,30. do. de 1869 44,00. Türk. Anleihe 30,50. Oesterl. Goldrente —. Ungar. Goldrente 75%.

Produkten-Börse

Berlin, 23. März. Wind: NW. — Barometer: 27.8. — Thermometer: 6° R. — Witterung: Sehr schön.
Weizen loko per 1000 Kilogramm M. 180—220 nach Qualität geset., gelber per diesen Monat —, per April—Mai 204,5 bezahlt, per Mai—Juni 206,5 bezahlt, per Juni—Juli 209—209,5 bez., per Juli—August 209,5 bez. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 135—147 M. nach Qualität gesordert, russischer 135—138,5 ab Bahn bezahlt, ungarischer 142—146 do., per diesen Monat —, per April—Mai 148 bis 149 bez., per Mai—Juni 145,5—146 bez., per Juni—Juli do., per Juli—August — bez. — Gerste loko per 1000 Kilogramm M. 120 bis 200 nach Qualität geset., — Hafer loko per 1000 Kilogramm 95—165 nach Qualität geset., oft und westpreußischer 120—140, russischer 110 bis 140, pommerscher 130—140, böhmischer 130—140, galizischer —, böhmischer 130—140, feiner russischer 146—150 ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per April—Mai 138 bez., per Mai—Juni 140,5 G. — Erbsen per 1000 Kilogramm Kochware 155—195 nach Qualität, Futtermaare 136—153 nach Qualität. — Raps per 1000 Kilogramm — bez. — Rüben — bez. — Leinöl loko per 100 Kilogr. ohne Fas. 61 bez. — Rübbi per 100 Kilogramm loko ohne Fas. 67,5 bez., mit Fas. — bez., per diesen Monat — bez., per März—April — bezahlt, per April—Mai 67,2—68 bez., per Mai—Juni 67,3—67 bez., per Juni—Juli 66,8 bez., per Juli—August — bez. — Petroleum (raffin.) (Standard white) per 100 Kilogramm mit Fas. loko 24,2 M. per diesen Monat 23,9—23,8 bezahlt, per März—April — bez., per September—Oktober —. — Spiritus per 100 Lit. a 100 p.c. = 10,00 p.c. ohne Fas. 52,2 bez., per diesen Monat 51,6 nom., per März—April do., per April—Mai

Berlin, 23. März. Die auswärtigen Börsen haben sich der Festigkeit, welche hier gestern in der zweiten Stunde auf die Tagesordnung gelegt war, nicht angeschlossen; die friedliche Auffassung, welche hier gestern herrschte, fand außerhalb wenig Anfang, und die beunruhigenden Meldungen aus England, wo der russische Friedensvertrag als unannehbar gilt, und aus Russland, welches in seinen immer umfangreicher werdenden Rüstungen fortfährt, bestimmt in hohem Grade. Daneben boten die Meldungen der fremden Börsen wenig Anregung; die westlichen Plätze hatten gestern Abend wenigstens feste, wenn auch nicht gerade bedeutend höhere Kurse gefunden, und die wiener Börbörse eröffnete wenig gegen gestern verändert. Hier trat sofort eine starke Abschwächung auf, welche in Folge von Gewinnnahmen und neuen Blanco-Abgaben auf Grund der politi-

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 23. März 1878.

Brennholz Fonds und Geld-Course.

Konsol. Anleihe	104,90	bz	Pomm. III. r. 100,5	89,50	bz	
do. neue 1876	96,70	bz	Pr. B.-C.-G.-Br. R. 5	100,00	G	
Staats-Anleihe	96,25	bz	do. unl. rück. 110,5	101,75	bz G	
Staats-Schildch.	92,70	G	do. do.	100,5	100,75	bz G
Kar. u. Nm. Sch.	91,25	bz	Pr. C.-B.-Pfd. R. 4	100,20	B	
Do. Deichh. Obl.	101,50	B	do. unl. rück. 110,5	107,10	G	
Berl. Stadt-Obl.	101,90	bz	Schles. Bod.-Cred.	5	93,00	B
do. do.	90,00	bz	do. do.	4	93,50	G
Kön. Stadt-Anl.	102,00	G	Stett. Rat.-Hyp.	5	96,50	bz G
Schlesprovinz do.	102,50	G	do. do.	4	95,50	G
Schles. d. B. Kfm.	101,00	B	Krupp'sche Oblig.	5	107,70	bz

Ausländische Fonds.

Amerik. r. 1881	6	Russ. 1881	6	U.S. 1885	6	99,60	G
do. do.	1885	6	do. Bds. (Sand.)	5	100,10	bz G	
Normeg. Anl.	4	New-Yrk. Std. A. 6	4	do. Unionbank	5	117,75	bz
do. do.	4	do. do.	7	do. Pro-Discont.	5	17,00	G
do. neue 4	102,80	bz	Georg. Bank	4	74,00	bz	
do. Brandg. Cred.	4	Gebr. Gold-Rente	4	do. Handelsbank	4	47,50	bz G
Württemb. 3	83,90	bz	Gebr. Hyp. 600	4	60,00	B	
do. 4	95,2	B	Gebr. Hypoth. 102,40	4	102,40	bz G	
do. 4	101,75	bz	Gebr. Hypoth. (Hübner)	4	94,30	bz G	
Württemb. 3	94,1	bz	Königl. Vereinsbank	4	83,30	G	
do.	95,20	bz	Leipziger Creditbank	4	105,00	B	
do. 4	102,10	bz G	do. Discontoankt.	4	62,80	G	
Württemb. 3	95,00	G	Vereinsbank	4	40,80	G	
Württemb. interd.	84,00	bz	Wachselbank	4	106,00	G	
do. 4	96,00	bz	Wachselbank	4	63,40	B	
do. 4	101,30	bz	Wachselbank	4	61,00	B	
do. 4	105,50	bz	Wachselbank	4	52,60	bz G	
Brand. Central	95,00	bz	Wachselbank	4	55,90	bz G	
Kar. u. Neumärk.	85,10	bz	Wachselbank	4	59,50	bz G	
do. neue 3	83,90	B	Wachselbank	4	62,50	bz G	
do. 4	95,30	B	Wachselbank	4	65,50	bz G	
do. 4	102,80	bz	Wachselbank	4	68,50	bz G	
do. 4	105,50	bz	Wachselbank	4	71,50	bz G	
do. 4	95,2	B	Wachselbank	4	74,50	bz G	
do. 4	101,75	bz	Wachselbank	4	77,50	bz G	
Württemb. 3	94,1	bz	Wachselbank	4	80,50	bz G	
do.	95,20	bz	Wachselbank	4	83,50	bz G	
do. 4	102,10	bz G	Wachselbank	4	86,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	89,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	92,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	95,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	98,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	101,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	104,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	107,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	110,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	113,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	116,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	119,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	122,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	125,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	128,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	131,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	134,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	137,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	140,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	143,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	146,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	149,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	152,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	155,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	158,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	161,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	164,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	167,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	170,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	173,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	176,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	179,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	182,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	185,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	188,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	191,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	194,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	197,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	200,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	203,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	206,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	209,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	212,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	215,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	218,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	221,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	224,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	227,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	230,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	233,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	236,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4	239,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	bz	Wachselbank	4	242,50	bz G	
Württemb. 3	95,00	G	Wachselbank	4</			